

Impfung von Jugendlichen: Politik oder Wissenschaft?

Im Zivilrecht spricht man vom versteckten Dissens, wenn zwei Menschen meinen, über das Gleiche zu sprechen, aber jeder etwas anderes meint und beide nicht merken, dass sie den jeweils anderen nicht verstehen. So ging es dem Vorsitzenden der Ständigen Impfkommission (STIKO), Professor *Dr. Thomas Mertens*, und dem bayerischen Ministerpräsidenten *Dr. Markus Söder* beim Streit um freiwillige Impfungen für Jugendliche: Beide glaubten, über das Gleiche zu reden, haben aber aneinander vorbeigeredet. Wie konnte das passieren?



Das Verhältnis zwischen fachwissenschaftlicher Expertise und politischen Entscheidungen ist weithin unreflektiert. Außer Frage steht, dass Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung Fachwissen benötigen und sogar rechtswidrig handeln können, wenn sie das, was sie wissen könnten, nicht wissen wollen. Anders liegt es aber, wenn Politik sich hinter der Wissenschaft verschanzt. Im Gesundheitsrecht kennen wir das Problem schon lange: So wird die Konkretisierung des krankensicherungsrechtlichen Leistungsanspruchs weitgehend dem aus Vertretern der Krankenkassen, Ärzte und Krankenhäuser bestehenden Gemeinsamen Bundesausschuss (§§ 91, 92 SGB V) überlassen und im Transplantationsrecht der Bundesärztekammer die Aufgabe zugewiesen, Näheres zur Verteilung knapper Spenderorgane zu entscheiden (§ 16 TPG). Mit einer kategorial falschen Prämisse werden damit jeweils originär politische Entscheidungen auf Fachgesellschaften delegiert. Tatsächlich ist nämlich die Frage, welche Leistungen Versicherte beanspruchen können sollen ebenso eine normativ-politische Frage wie die Entscheidung darüber, ob man Organe eher Menschen zuteilt, die sie dringend benötigen oder solchen, bei denen die Erfolgsaussichten am größten sind; das sind nämlich meist nicht die dringenden Fälle.

In der Pandemie hat sich das Problem durch die Verlagerung grundrechtswesentlicher Entscheidungen in nächtliche Bund-Länder-Runden zugespitzt. Vielfach trat an die Stelle politischer Abwägungen der Hinweis auf den Rat „der Wissenschaft“ – als bestünde diese nur aus ausgewählten Virologen und Epidemiologinnen und nicht etwa auch aus Bildungswissenschaftlern, die auf die fatalen Folgen der in Deutschland überproportional langen Schulschließungen hätten hinweisen können. Zudem wurde die Frage der Impfpriorisierung weitgehend auf die STIKO verlagert – als ob es eine allein medizinische Frage wäre, ob zuerst die 19-jährige Mitarbeiterin eines Impfzentrums und erst danach ihre 79-jährige Großmutter geimpft wird.

So kam es dazu, dass die Unterschiede zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und politischer Entscheidung nicht mehr verstanden werden: Auf der einen Seite hat *Markus Söder* offenbar nicht verstanden, dass Empfehlungen der STIKO wissenschaftlich durch klinische Studien hinterlegt sein müssen, die bei Jugendlichen in der Regel erst stattfinden dürfen, nachdem sie bei Erwachsenen erfolgreich durchgeführt wurden. Auf der anderen Seite muss die STIKO akzeptieren, dass es letztlich eine normativ-politische Frage ist, wie man zwischen dem individuellen Risiko der Impfung und dem kollektiven Anliegen der Herdenimmunität und offener Schulen abwägt. Daher ist es gut, dass es keine rechtliche Bindung an Entscheidungen der STIKO gibt: So können jetzt Jugendliche Vorbilder für manchen erwachsenen Impfgegner werden, der einfach im Biologieunterricht nicht richtig aufgepasst hat.

Professor Dr. Thorsten Kingreen, Universität Regensburg